

Liechtenstein unterstützt Reform des Gerichtshofs

Reform Auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention können sich Personen aus Mitgliedsstaaten des Europarats bei Verletzungen ihrer Grundrechte an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wenden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde der EGMR jedoch durch Individualbeschwerden überschwemmt und die Mitgliedsstaaten waren gefordert, der Überlastung des Gerichtshofs entgegenzutreten.

Seit 2010 laufen Reformbemühungen, die bereits zu einer massiven Reduzierung der hängigen Fälle geführt haben. Liechtenstein hat sich aktiv an dem Reformprozess, der aufschweizerische Initiative in Interlaken begann, beteiligt. Nun wurde an der EGMR-Konferenz in Dänemark die «Kopenhagen-Erklärung» verabschiedet, die den Schutz der Menschenrechte weiter verbessern soll und in der auch liechtensteinische Anliegen Eingang gefunden haben.

Mit der Verabschiedung der Erklärung haben die 47 Mitgliedsstaaten des Europarats zum Abschluss der Konferenz einen Meilenstein bei der Reform des EGMR gesetzt. Liechtenstein ist gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten für eine Stärkung des EGMR eingetreten. Schwerpunkte des liechtensteinischen Engagements waren die Sicherstellung



Botschafter Daniel Ospelt (l.) und sein Stellvertreter Martin Hasler an der EGMR-Konferenz in Kopenhagen. Bild: ikr

ausreichender Ressourcen für die Arbeit des Gerichtshofs, Transparenz und eine klarere Rollenaufteilung bei der Bestellung von EGMR-Richtern sowie die Betonung der Pflicht zur Umsetzung

von EGMR-Urteilen. Liechtenstein war an der Konferenz in Kopenhagen durch den Ständigen Vertreter Liechtensteins beim Europarat, Botschafter Daniel Ospelt, sowie seinen Stellvertreter Martin Hasler vertreten. (ikr)

Parteienbühne

CO₂-Ausstoss – Kapitulation oder Pilotland

Die Luftschadstoffe und Lärmwerte überschreiten in Liechtenstein an einigen Strassenabschnitten die zulässigen Höchstwerte. Bis anhin weigert sich unsere Regierung leider, geeignete Massnahmen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung zu ergreifen. Nur wenn sich die Zahl der Elektromobile gegenüber Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor laufend erhöht und gleichzeitig ein Umsteigen auf den ÖV und den Langsamverkehr gelingt, verbessert sich auch die Luftqualität. Zudem sinkt die Lärmbelastung und es entsteht für die Anwohner eine merkliche Verbesserung ihrer Lebensqualität. Der Umstieg auf die Elektromobilität wird – auch wenn sie mit staatlichen Fördermassnahmen beschleunigt wird – einige Jahre in Anspruch nehmen. Da der Austausch des gesamten Fahrzeugbestands bei uns 9 Jahre dauert, sollte aber immerhin bis 2030 eine nennenswerte CO₂-Reduktion möglich sein. Entscheidend ist natürlich, zu welchen Konditionen welcher Strom zum Auftanken der Elek-

tromobile verwendet wird. Elektroautos mit Kohlestrom zu betreiben, macht wenig Sinn. Idealerweise kommt der Strom mittels Photovoltaikanlage vom eigenen Dach, wo eine Fläche von 15 Quadratmetern genügend Strom produzieren würde, um bis zu 16 000 Kilometer im Jahr mit dem Elektroauto zu fahren. Um eine Tankstelle zu Hause zu ermöglichen, soll die Einrichtung der eigenen Tankstelle – was Kosten von ca. 2500 bis 3000 Franken verursacht – gefördert werden. Elektrofahrzeugbesitzer, die von der Förderung der Tankstelle profitieren wollen und den Strom nicht von der eigenen Photovoltaikanlage (Stromspeicher) beziehen, müssten von den LKW mindestens «LiStrom Natur» oder «LiStrom Natur Plus» beziehen. Auch über Tankstellen am Arbeitsplatz (vorzugsweise mit Sonnenenergie) kann während der Arbeit problemlos das Auto aufgeladen werden.

Als positiver Nebeneffekt würde für die LKW die Möglichkeit bestehen, Tausende von vorhandenen Autobatte-

rien und die Batterien der Solaranlagen (Tankstelle zu Hause) für die Speicherung von billigstem Überschussstrom zu nutzen (Vehicle-to-Grid-Technologie). Dabei dient sinnvollerweise das Elektroauto als Zwischenspeicher, es speist den Strom aus den Akkus zu Hochtarifzeiten zurück in das öffentliche Stromnetz ein. Von der Preisdifferenz profitieren der Batteriebesitzer wie auch die LKW. Eine spannende, technisch heute umsetzbare Möglichkeit!

Wenn wir es ernst meinen und nicht schon heute vor den herausfordernden Klimazielen kapitulieren, reduzieren wir den CO₂-Ausstoss da, wo er anfällt, nämlich bei uns. Dazu muss jetzt ein Masterplan entwickelt werden. Notwendig dabei ist eine CO₂-Abgabe auf sämtliche Energieträger.

Wie denken Sie darüber? Ihre Anregungen, Fragen und Vorschläge sind uns willkommen auf info@freieliste.li.

Eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe «Klima und Umwelt» der Freien Liste

Leserbrief

Putin: Verleumdet, weil echt christlich

Der russische Präsident Putin verteidigt die christlichen Werte – und spricht sich für die Selbstständigkeit des eigenen Landes aus. Dadurch macht er sich zum Feind der Globalisierer (Weltregierungs-Planer). Und daher wird er seit Jahren verleumdet. Bei der aktuellen (Welt-)Kriegsgefahr – die letztlich auch Liechtenstein betrifft – ist es offensichtlich, dass die Gefahr nicht (!) von Putin ausgeht. Sondern von anti-christlichen (Globalisierungs-)Kräften.

Siehe Putins Äusserungen auf Youtube.com (Suchbegriffe «Putin Christentum» bzw. «Putin Christianity», Transkript auf epochtimes.de). Rede Putins (Valdai-Forum, 19. September 2013), Zitat: «Wir sehen, dass viele euro-atlantische Staaten [= der Westen, teils auch Liechtenstein!] einen Weg eingeschlagen haben, auf dem sie ihre eigenen Wurzeln verneinen bzw. ablehnen, einschliesslich der christlichen Wurzeln, welche die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden. In diesen Staaten werden moralische Grundlagen und jede traditionelle Identität verneint. Nationale, religiöse, kulturelle oder sogar geschlechtliche Identitäten werden verneint bzw. relativiert. [...] sie [die west-

europäische Politik] setzt den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan gleich. [...]

Die Menschen in vielen europäischen Staaten schämen sich und haben regelrecht Angst, offen über ihre religiöse Zugehörigkeit zu sprechen. Es werden in Europa christliche Feiertage und Feste abgeschafft oder sie werden neutral umbenannt, als würde man sich für diese christlichen Feste schämen. [...]

Und dieses [anti-christliche] Modell versuchen diese Staaten aggressiv den anderen Ländern weltweit aufzuzwingen. Ich [Putin] bin zutiefst überzeugt, dass das der direkte Weg zur Degradierung und Primitivisierung ist. Das führt zu tieferen demografischen und moralischen Krisen im Westen. [...]

Ohne moralische Werte, die im Christentum und in anderen Weltreligionen begründet liegen, ohne Normen und moralische Werte, die sich jahrtausendlang formiert und entwickelt haben, werden die Menschen unvermeidlich ihre Menschenwürde verlieren. Und wir [Russland unter Putin] halten es für richtig und für natürlich, diese moralischen Werte zu verteidigen und zu wahren. [...]

Gleichzeitig mit diesem Prozess auf nationaler Ebene (im Westen) beobachten wir auf internationaler Ebene die Versu-

che, das unipolare, unifizierte Modell der Welt [d.h. Globalisierung samt Weltregierung] zu begründen, Institutionen des internationalen Rechts und nationaler Souveränität zu relativieren und aufzuheben.» Ende Zitat.

Urs Kindle
Binzastrasse 51, Mauren

Korrigenda

In unserer Stellungnahme zum Frauenhaus im «Vaterland» vom 13. April (Seite 5) ist uns ein kleiner Fehler unterlaufen. Korrekt sollte der Satz lauten: «Erfreulich an der Statistik des Frauenhauses ist, dass keine Zunahme an Frauen aus Liechtenstein zu verzeichnen ist, welche das Frauenhaus aufsuchten. 2015 noch elf, 2016 noch zwölf, 2017 noch zwölf.»

Natürlich erfolgte von 2015 auf 2016 eine Zunahme um eine Person. Die Vorjahre 2014 mit zwölf und 2013 mit dreizehn heben diese jedoch wieder auf.

Namens des Vorstandes entschuldige ich mich bei der Redaktion sowie den Leserinnen und Lesern für den Fehler.

Hansjörg Frick vom Vorstand
des Vereins für Männerfragen

Finanzierung von Projekten

Schaan Das aha Liechtenstein bietet in Kooperation mit dem aha Voralberg den Workshop «Das liebe Geld», in dem es um die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte im Jugendbereich geht, Ende April zum dritten Mal an.

Beim Workshop «Das liebe Geld» stehen die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Zentrum. Darüber hinaus gibt es auch Inputs zu Crowdfunding und möglichen EU-Förderungen, Informationen zur Unterstützung

für kleine, lokale Initiativen bis hin zu Co-Finanzierungsmöglichkeiten für kleinere und grössere, grenzüberschreitende Kooperationsprojekte im Jugendbereich. Die Inputs werden anhand von konkreten Beispielen aus der Prax-



xis vorgestellt und gemeinsam besprochen. Wer sich also fit machen möchte, wie sein geplantes Projekt – vorwiegend von oder mit Jugendlichen – finanziell unterstützt werden kann, ist bei diesem Workshop richtig. Jugendliche, Multiplikatoren aus dem Jugendbereich und weitere Interessierte sind herzlich willkommen: Donnerstag, 26. April, 18.30 bis 20 Uhr, im aha – Tipps & Infos für junge Leute, Haus Melliger, Kirchstrasse 10, Vaduz. Die Teilnahme ist kostenlos (www.aha.li). (pd)

Der Regierungschef stellt sich Ihren Fragen.

ADRIAN HASLER
IM GESPRÄCH

Donnerstag, 19. April 2018
18 bis 19 Uhr
Rathaussaal Vaduz

Moderation: Petra J. Matt,
Radio Liechtenstein

Im Anschluss der Veranstaltung besteht bei einem kleinen Apéro die Gelegenheit für persönliche Gespräche.

Anmeldung erwünscht unter:
veranstaltung@regierung.li oder Tel. +423 236 60 07